

„Nicht zu einer defensiven Nischenposition verführen lassen“

Hans Joachim Meyer über Herausforderungen an Katholizismus und Kirche im Prozeß der deutschen Einigung

Auf der Frühjahrsvollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (vgl. ds. Heft, S. 289) sprach der sächsische Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer über Herausforderungen für die Katholiken im Prozeß der deutschen Einigung. Er plädierte dabei für eine realistische Sicht der Diasporasituation der Christen in der neuen Bundesrepublik, die aber nicht zu einer Abkapselung gegenüber der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung führen dürfe. Meyer, der Vorsitzender des Aktionsausschusses katholischer Christen in den neuen Bundesländern ist, wandte sich dezidiert gegen einen kirchlichen „Anschluß“ im Sinn einer Vereinnahmung der Katholiken in der ehemaligen DDR durch die westdeutsche Kirche. Wir dokumentieren seine aufschlußreiche Standortbestimmung im Wortlaut.

Man hat schon wiederholt uns Deutsche eine schwierige Nation genannt. Und in der Tat: Obwohl in der Mitte Europas zwischen den romanischen und den slawischen Völkern und Kulturen gelegen, ist es uns im politischen Leben nur selten gelungen, die Mitte zur Vermittlung und zum Brückenbau zu nutzen. Statt dessen steht unsere nationale Geschichte im Zeichen des Gegensatzes, entweder Herrschaftszentrum und Vormacht sein zu wollen oder von einem Kraftfeld widerstrebender Mächte und Interessen beherrscht und unterteilt zu sein. Auch in der Gestaltung des staatlichen Zusammenlebens der Deutschen ist es uns erst nach dem II. Weltkrieg und dies zunächst auch nur in einem Teil Deutschlands gelungen, eine Mitte zu finden in der Spannung zwischen zentralen und regionalen Kräften.

„Es entsteht eine neue Bundesrepublik aller Deutschen“

Wie die gegenwärtige Debatte um die Frage, ob und in welchem Maße eine Hauptstadt auch Parlaments- und Regierungssitz sein sollte, zeigt, gibt es vielfältige Beziehungen zwischen der Stellung Deutschlands in Europa und seiner inneren Struktur. Und doch offenbart diese nationale Diskussion, daß zwei wichtige Schlußfolgerungen, die aus bitteren historischen Erfahrungen gezogen werden mußten, allen Kontrahenten und Gesprächspartnern gemeinsam sind: Deutschland muß ein verlässlicher und verständiger Partner der anderen Völker Europas sein und sich gemeinsam mit diesen den Völkern der Welt verpflichtet fühlen. Und: Die Deutschen können auf Dauer nur in einem Bundesstaat und im kulturellen Polyzentrismus ihr nationales Leben im Innern und nach außen erträglich gestalten.

Wer also dazu Stellung nehmen will, welche Herausforderung Deutschland heute und morgen für die katholischen Christen darstellt, der muß zunächst der Frage nachgehen: Was ist das für ein Deutschland, das aus der Vereinigung hervorgehen wird? Es hat in den ersten Wochen nach der Wende, als – zur Überraschung so mancher – deutlich wurde, welche Kraft der Wille zur nationalen Zusammengehörigkeit in der DDR hatte, unter den politischen Kräften in der alten Bundesrepublik eine Debatte darüber gegeben, ob es um Vereinigung oder um Wiedervereinigung ginge. Ich übersehe nicht, daß für einige im Westen Deutschlands dies ein politisches Rückzugsgefecht war. Sie hatten in Wahrheit die Einheit Deutschlands längst abgeschrieben, sich dadurch sogar profilieren wollen und versuchten nun, in einer in ihrem Weltbild nicht vorgesehenen Entwicklung wieder eine Position zu gewinnen. Unabhängig davon muß aber für jeden, dem die Einheit Deutschlands ein hoher Wert ist, klar sein: Was sich in Deutschland vollzog und vollzieht, ist ein Prozeß der Vereinigung, nicht der Wiedervereinigung. Es wird kein Deutschland entstehen, das schon einmal bestand, auch nicht in der Bundesrepublik. Was entstehen wird, ist eine neue Bundesrepublik aller Deutschen.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die deutsche Einheit durch den Beitritt der Deutschen in der DDR zur Ordnung des Grundgesetzes zustande gekommen ist. Damit stelle ich nicht das Grundgesetz in Frage. Aus gutem Grund, so meine ich, hat sich die Mehrheit der Deutschen in der DDR für eine Verfassung entschieden, die sich wie keine andere in der deutschen Geschichte bewährt hat. Aber dieser Beitritt gibt nur den staatlichen Rahmen für die Gemeinschaft der Deutschen – einen guten und erprobten Rahmen gewiß, aber der Beitritt schafft nicht die Gemeinschaft selbst. Wie könnte dies auch durch eine Verfassung geschehen, die nach dem Willen derer, die sie formulierten, die Rechte der Menschen über die staatliche Ordnung stellt und diese Ordnung wiederum als Gestaltungsraum nach dem Willen der demokratischen Mehrheit definiert.

Die staatliche Einheit der Deutschen haben wir also durch den Beitritt zur Ordnung des Grundgesetzes erreicht, die innere Einheit der neuen Bundesrepublik Deutschland dagegen gilt es erst noch zu gestalten. Niemand möge sich einer Illusion darüber hingeben, daß dies eine noch zu bewältigende Aufgabe ist und keine automatische Konsequenz der staatlichen Einheit. Es ist unser aller Wille, daß diese Aufgabe gemeistert wird, aber was geleistet werden muß, kann auch mißlingen. Es gibt Beispiele in der Geschichte, daß Menschen gleicher

Sprache und Kultur nach überwundener Teilung nicht wieder zusammenfanden oder daß ein Land trotz Herstellung der staatlichen Einheit im wirtschaftlichen und geistigen Leben tief gespalten blieb. Dies ist eine Herausforderung, vor der wir alle stehen, nicht nur die katholischen Christen, sondern alle Menschen, denen die Verantwortung für das, was morgen sein wird, noch etwas bedeutet.

Mit wachsender Sorge gewinne ich den Eindruck, daß die gesamtdeutsche Kommunikation über das, was innere Einheit meint, eher schwieriger wird denn vorankommt. Man muß dies offen sagen: Nur sehr wenige im Osten Deutschlands waren auf den radikalen Umbruch aller Lebensverhältnisse eingestellt, der sich ereignet hat und noch weiter vollzieht – auf einen Umbruch, der in der erdrückenden Mehrheit der Fälle zunächst ein Zusammenbruch ist. Da für viele Bereiche nicht erkennbar ist, wie und wann ein Neuanfang möglich sein wird, bedeutet dies für eine große Zahl von Menschen in der zweiten Hälfte ihres Berufslebens, daß auf die Jahrzehnte, die man glaubte glücklich überwunden zu haben, keine Chance für eine selbst gestaltete und befriedigende Existenz zu folgen scheint.

„Die politischen Strukturen im Osten sind noch labil“

Die Finanzbeschlüsse des Bundes und der deutschen Länder vom 28. Februar 1991 sind für uns von enormer Bedeutung, weil ohne sie die neugewählten Landtage und Landesregierungen wie auch die Landräte und Bürgermeister im Osten Deutschlands im buchstäblichen Sinne hätten die Tür schließen und nach Hause gehen können. Die neue Finanzausstattung bringt uns in die Nähe einer realistischen Haushaltsplanung, die aber nur erreicht werden kann, wenn wir zugleich ein rigides Sparsystem durchsetzen, das zu weiteren drastischen Personalreduktionen zwingt, insbesondere in solchen sensiblen Bereichen wie Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die Finanzmittel erlauben den Ländern und Kommunen, in die Infrastruktur zu investieren, die eine unverzichtbare Voraussetzung, aber natürlich keine Garantie dafür ist, daß wir aus einem Volk von Arbeitslosen und Konsumenten wieder zu einem Volk von Arbeitenden und Produzenten werden.

Dies wird mit Sicherheit – wie auch in der Geschichte der Bundesrepublik – einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Das bedeutet aber auch, daß die Gefahr der weitergehenden oder sich vertiefenden Spaltung in dem, wie die Menschen leben, und in dem, was sie fühlen und denken, andauern wird – eine Gefahr, die von uns nur gemeinsam überstanden und bezwungen werden kann. Dazu bedarf es der Geduld im Sprechen und Zuhören auf beiden Seiten. Wer, wenn nicht die evangelischen und katholischen Christen, ist hier im besonderem Maße gefordert, das Gespräch zu suchen und einer wechselseitigen Verhärtung und Frontenbildung zu wehren?

Eine der so nicht erwarteten positiven Momente der deutschen Einigung ist die weitgehende Kongruenz der Parteienlandschaft in Ost und West, die auch einer heftig geführten gesamtdeutschen Debatte Elemente der Kontinuität und der Berechenbarkeit geben kann. Gleichwohl sind die politischen Strukturen im Osten Deutschlands noch sehr labil, und niemand kann ausschließen, daß der auf uns lastende psychologische Druck von populistischen Politikern auf den extrem rechten oder linken Rändern des Parteienspektrums wirkungsvoll genutzt werden könnte. Das wäre eine Gefahr für das politische System in der gesamten Bundesrepublik.

„Die von der Reformation ausgehenden Ströme gehören wieder zur Mitte Deutschlands“

Bewußt habe ich jene Herausforderungen, die katholische Christen gemeinsam mit allen, die sich redlich um die Zukunft sorgen, bestehen müssen, an die Spitze gestellt. Damit gebe ich jedoch dem, was uns als Katholiken im Prozeß der deutschen Einigung angeht und bewegt, kein geringeres Gewicht. Ich meine auch nicht, daß zuerst das Gemeinsame zu tun sei, bevor unser Anliegen berücksichtigt werden kann. Vielmehr bildet beides eine unauflösbare Einheit: Als katholische Christen bringen wir uns in die Gemeinschaft ein und leisten – im Miteinander und Widerstreit – unseren Beitrag, stets das gemeinsame Wohl bedenkend, ohne die Quellen der eigenen Kraft darüber zu vergessen.

Man hat schon wiederholt gesagt, das vereinte Deutschland werde norddeutscher und protestantischer als die alte Bundesrepublik. Das ist zweifellos richtig. Für mich, der – als Sohn rheinischer Eltern in Rostock geboren – sich als Niederdeutscher fühlt und zugleich durch Erziehung und Erzählung einer katholisch geprägten Gegend Deutschlands verbunden ist, markiert dies keinen Einschnitt. Den meisten Katholiken in den sogenannten neuen Bundesländern wird es ähnlich gehen. Sie sind Diasporakatholiken, zugleich aber auch durch ihre Herkunft oder die ihrer Eltern mit dem Charakter katholischer Kulturlandschaften mehr oder weniger vertraut. Wo Unterschiede in der landschaftlichen Eigenart gegeben sind, da gibt es auch die Möglichkeit von Spannung und Konflikt. Noch stehen wir aber vor allem unter dem Eindruck des jahrzehntelang von katholischen und evangelischen Christen gemeinsam erfahrenen und ertragenen Drucks und der geschwisterlichen Gemeinsamkeit, die sich in den Ökumenischen Versammlungen eindrucksvoll manifestierte. Dennoch ist nicht auszuschließen, daß die neue Breite gesellschaftlichen Einflusses auch wieder zu *konfessionellem Proporzdenken und anderen Reibungspunkten* führen kann. Was mir jedoch unendlich viel wichtiger erscheint, damit Deutschland wieder zur historisch gewachsenen Norma-

lität zurückfindet, ist, daß die von der Reformation ausgehenden und weiter ausgehenden geistigen Ströme in ihrem Ursprung wieder zur Mitte Deutschlands gehören und – zusammen mit den geistigen Kräften des deutschen Katholizismus – im Austausch mit der Kultur Europas und der Welt stehen. Daraus könnte Deutschland ein Dienst der Mitte zuwachsen, der Verständnis fördert und zum Frieden beiträgt.

Vor allem hoffen wir, daß die langen Jahre gemeinsamen Zeugnisses evangelischer und katholischer Christen in einer Umgebung von Glaubensfeindschaft und wachsender Glaubensunkenntnis zum unverlierbaren Erbe beider Konfessionen geworden sind und dem ökumenischen Miteinander im größeren Deutschland neue Impulse geben. Das ist eine wichtige und große Herausforderung an uns. Denn nicht, daß Deutschland protestantischer wird, ist das Neue in der deutschen Geschichte, sondern daß sich in den neuen Bundesländern weithin die Christen aller Konfessionen in der Diaspora befinden, daß sie zusammen in der Minderheit sind, wenn sie für die Frohe Botschaft und die Wahrheit ihres Glaubens zeugen. Wir sollten uns nichts vormachen: Die Mehrheit der Deutschen in der DDR hatte sich für den Beitritt zur Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik entschieden, weil sich diese als eine ein hohes Maß von Liberalität und Rechtsstaatlichkeit garantierende, im ganzen gut funktionierende und auch belastbare parlamentarische Demokratie und als ein erfolgreiches und der großen Mehrheit Wohlstand ermöglichendes Wirtschaftssystem erwiesen hatte. Der Zugang zu den ethischen Fundamenten des Grundgesetzes war und ist vielen durch den radikalen Traditionsbruch versperrt. Die Einsicht, daß die Gemeinschaft und der Staat, deren Glieder und Bürger sie nach ihrem eigenen Willen geworden sind, völlig anderen Konzepten und Wertvorstellungen folgt und andere Strategien verlangt als das gescheiterte Gesellschaftsmodell, liegt vielen noch fern.

„Auf einen realistischen Begriff der Gesellschaft hinarbeiten“

Nun will ich hier – trotz des großen Einflusses katholischer Staats- und Soziallehren auf die heutige Wirklichkeit der Bundesrepublik – nun gewiß nicht die These vertreten, ihre Ordnung entspräche – wenigstens in der Theorie – unmittelbar christlichen Wertvorstellungen. Dennoch möchte ich auf zwei Elemente des Grundgesetzes hinweisen, die jetzt im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen müßten und zum Teil auch debattiert werden und die in einem wesentlichen Zusammenhang mit dem christlichen Menschen- und Weltverständnis stehen. Das erste Element ist das sorgfältig austarierte Gleichgewicht zwischen den Freiheitsrechten des einzelnen Bürgers und der demokratischen Legitimation staatlichen Handelns einerseits und der Stabilität eines wohl durchdachten politischen

Systems andererseits, wie es für die Ordnung des Grundgesetzes charakteristisch ist.

Daß dies so gelang, erklärt sich unter anderem aus den Erfahrungen, die die Generation, die 1949 diese Ordnung schuf oder akzeptierte, mit dem Untergang der Weimarer Republik und der darauf folgenden Unrechtsherrschaft gemacht hatte. Zugleich wird man aber sagen dürfen, daß ein solches Verfassungsverständnis einen Rückhalt findet in der nüchternen katholischen Sicht von dem, was Staat und Gesetze leisten können. Die Verpflichtung auf die Verantwortung vor Gott in der Präambel des Grundgesetzes erhält von daher einen unmittelbaren Bezug zur Realität. Dieser Bezug ist historisch keineswegs selbstverständlich. Auch heute noch bezieht die Demokratie für nicht wenige ihre Kraft aus dem Ideal des Reiches der Vernunft, das ein für allemal die Humanität zur Herrschaft bringt – einem Ideal also, das kein realistisches Bild vom Menschen hat. Die Illusion, politische Probleme zu lösen, indem man Texte in Gesetzesform formuliert, ist in Zeiten großer Schwierigkeiten übermächtig.

Die rechte Sicht von dem, was ein Staat soll und was er weder tun kann noch darf, steht im größeren Zusammenhang des Bildes von der Gesellschaft. Die Vorstellung von Gesellschaft ist bei uns – auch nach dem Scheitern der sozialistischen Utopie marxistischer Prägung – noch vielfach bestimmt von einem letztlich statischen Modell allseitig organisierter gesellschaftlicher Harmonie als Finale des historischen Fortschritts. Der häufig beklagte Mangel an individueller Initiative und Aktivität ist sicherlich primär der verkrüppelnden Wirkung des vormundschaftlichen Staates zuzuschreiben, hat aber auch etwas zu tun mit dieser entindividualisierenden und jede Transzendenz prinzipiell ausschließenden Sicht des Staates als einer alles regulierenden omnipotenten Größe und einer Gesellschaft, in der alles optimal geregelt werden kann. Diese Sicht der Gesellschaft muß jeden demokratischen Staat überfordern und stempelt ihn von vornherein zum Verlierer. Noch ist dies ohne politische Bedeutung, denn der Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus hat jeden Versuch, durch die Verstaatlichung der gesamten Gesellschaft – der Wirtschaft wie der Kultur, der Bildung wie der Wissenschaft – zu akzeptablen Lösungen zu kommen, für die nächste Zeit gründlich diskreditiert.

Niemand kann vorhersagen, wie tief die Wirkung ist und wie lange sie anhält. Daher ist es unerlässlich, auf einen realistischen Begriff von Gesellschaft hinarbeiten und insbesondere dafür Verständnis zu wecken, daß die Gesellschaft eine offene und dynamische Größe ist, eine sich ständig verändernde und daher auch ständig zu erneuernde und zu verbessernde Größe, eine *semper reformanda*, eine Aufgabe also und kein das Endziel fixierendes System, ein kontinuierlicher Diskurs, der akzeptierter Grundwerte und verbindlicher Verhaltensnormen bedarf, um im Konsens oder durch Mehrheitsbeschluß zu Lösungen zu kommen, die in der Regel Kompromißcharakter tragen.

Auch dies wird man schwerlich direkt einem christlichen Verständnis von Gesellschaft und gesellschaftlichem Engagement zuordnen können. Und doch wird das Unabgeschlossene und letztlich Unbefriedigende allen menschlichen Tuns und gesellschaftlichen Wirkens sinnvoll im Blick auf die uns in der Erlösungstat Jesu Christi zugesagte Gewißheit, daß Gott allem guten Streben die Vollendung schenken wird und wir uns in unserer Unzulänglichkeit aufgehoben wissen durch diese Verheißung. Wieviel Entsetzliches ist durch den menschlichen Wahn entstanden, die Sehnsucht nach dem Heil in vermeintlich machbaren Modellen zu definieren und diese – koste es, was es wolle, und um des höheren Zweckes willen auch mit Terror – herbeizuzwingen. Nicht wenige hatten sich dieser Illusion zugewandt, weil ihnen die christliche Botschaft nicht glaubhaft bezeugt wurde, sondern als Deckmantel für menschliche Privilegien erschien.

„Gegen gesellschaftliche Entwicklungen helfen keine Rechtspositionen“

Nicht wenige Menschen östlich der Elbe und auch im Westen hatten ihre Hoffnungen auf die Realisierung eines großen Gesellschaftsexperiments gesetzt und stehen nun vor den Trümmern ihres geistigen Fundaments. So mancher hatte schon lange daran gelitten, zu was für einem Alptraum diese Zukunftsvision verkam. Sollten Christen diese Hoffnungstrümmer nun auch noch mit dummer Häme und billigem Hohn übergießen? Nach der Wende war eine Bereitschaft zum Zuhören und Fragen entstanden, wie sie im Leben von Erwachsenen nur selten aufbricht und kaum jemals in einer ganzen Gesellschaft. Davon ist schon wieder einiges verschüttet und vertan. Dennoch: Noch gibt es eine große Herausforderung, über aktuelle Fragen menschlicher und gesellschaftlicher Existenz mit Menschen, die nicht mehr glauben wollten oder noch nie geglaubt haben, zu wirklichen Gesprächen zu kommen. Haben wir bisher nicht zu viel Zeit und Energie darauf verwendet, Rechtspositionen festzuklopfen statt eine zu unseren Lebzeiten nicht wiederkehrende Chance zu nutzen? Ich bin der letzte, der die Bedeutung von Rechtspositionen leugnen würde. Aber gegen gesellschaftliche Entwicklungen hilft keine Rechtsposition. Jedem, der nüchtern denkt, muß klar sein, daß der heutige Grad der Entchristlichung in den neuen Bundesländern nur das extreme und forcierte Ergebnis eines Säkularisierungsprozesses ist, der auch im Westen Deutschlands in den letzten zwanzig Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat. Aus dieser Lage müssen zwei Konsequenzen gezogen werden, die sich nur scheinbar widersprechen.

Erstens gilt es, sich in aller Nüchternheit auf die Diaspora als den Normalfall christlicher Existenz in einer modernen Gesellschaft einzustellen. Dadurch dürfen wir

uns jedoch, zweitens, nicht zu einer defensiven und lediglich konservierenden Nischenposition verführen lassen, sondern wir müssen durch Wort und Tat unseren Mitmenschen bezeugen, daß für uns die Sorge um unseren Nächsten und der Dienst an der Gesellschaft durch das Vertrauen auf Gottes Erlösungstat eine Kraft erhält, die Menschen über sich hinauswachsen läßt, sie aber vor Unmenschlichem bewahrt.

Die Wahlen in der DDR nach der Wende haben gezeigt, daß das Bekenntnis zur christlichen Verantwortung politisches Vertrauen auch bei solchen begründen kann, die unser Bekenntnis nicht teilen wollen. Allerdings sollten wir hier auch in allem Freimut darüber sprechen, daß diese Chance auch zu neuen Herausforderungen führt. Glaubwürdigkeit kann fachliche Kompetenz und Erfahrung nicht ersetzen, und guter Wille macht Schwierigkeiten nicht kleiner. Wer überdies heute in die Bistümer und Pfarrgemeinden im Osten Deutschlands hineinblickt, wird bald feststellen, wie sehr sich die Reihen der in der Laienarbeit aktiven Katholiken durch den gesellschaftlichen Einsatz vieler gelichtet haben und wie lose die Rückbindung der in der politischen Verantwortung Stehenden an die geschwisterliche Gemeinschaft der Kreise und Gruppen durch das Übermaß an Aufgaben nur noch sein kann. Auch die vielversprechenden neuen Anfänge einer informellen und darum flexiblen Struktur in Gestalt von Kreisen und Initiativen sind dadurch gefährdet. Andererseits sehen wir keine realistische Möglichkeit für die vielgestaltige und fest organisierte Struktur der traditionellen Verbände in unseren Pfarrgemeinden, zumal sich einige dieser Verbände in ihren Anliegen überlappen und in ihrem Adressatenkreis miteinander konkurrieren. Auch darf man nicht übersehen, daß der antiinstitutionelle Affekt bei nicht wenigen aktiven Katholiken, insbesondere unter den Jüngeren, vor allem auf Grund unserer Erfahrungen mit dem überwundenen System, nach wie vor von erheblichem Gewicht ist. Hier zu sinnvollen Lösungen zu kommen, die unserer Situation gerecht werden, scheint mir eine dringende Herausforderung. Gern erkennen wir an, wie verständnisvoll Präsidium und Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Wege eröffnet haben, um unsere neu entstandene Laienbewegung aufzunehmen. Hier wurde verstanden, daß Integration niemals ein Schnellverfahren sein kann.

„Wir müssen uns der Diasporasituation stellen“

Mit Sorge beobachte ich dagegen das starke Gewicht rechtlicher wie auch finanzieller Erwägungen bei der Integration im kirchenamtlichen Bereich. Mit allem Ernst muß ich hier sagen: Sollte es im kirchlichen Raum zu einer Form der Wiedervereinigung kommen, in der die im Osten Deutschlands seit 1945 mit großem Einsatz geschaffenen Formen und Institutionen kirchlichen

Lebens zugunsten der früher bestehenden Diözesaneinteilung liquidiert werden, so wäre eine wichtige Herausforderung nicht bestanden worden. Dies wäre Anschluß im schlimmen Sinne des Wortes.

Bewußt habe ich an den Beginn meiner Ausführungen die großen Herausforderungen gesetzt, die sich aus der geistigen und aus der politischen Dimension der deutschen Einigung ergeben – die Folgen des allgemeinen gesellschaftlichen Umbruchs, die weitgehende Entchristlichung im östlichen Teil Deutschlands, die Orientierungslosigkeit, die sich aus dem Zusammenbruch einer großen Illusion ergibt, die Notwendigkeit, Menschen zu einer Sicht von Gesellschaft zu verhelfen, die ihnen eine

realistische Motivation für einen neuen Anfang gibt, die Chance, die befreiende und frohmachende Botschaft der Erlösung in der Not dieser Situation neu zu sagen, selbst einen neuen Aufbruch zu wagen, in dem wir allzu Vertrautes und nicht mehr Gelebtes als Antwort auf die Fragen unserer Mitmenschen neu entdecken. Und zugleich – und dies nicht getrennt davon – uns der Diasporasituation zu stellen, in aller Nüchternheit ihre Chance und Grenzen zu definieren und nicht zuletzt der Versuchung zu widerstehen, die kleine Schar der Neuen einfach in das fertige System zu inkorporieren. Lassen Sie uns gemeinsam diese Herausforderungen annehmen.

Von der politischen Entwicklung eingeholt?

Perspektiven der lateinamerikanischen Befreiungstheologie

Der große Aufbruch der lateinamerikanischen Theologie der Befreiung liegt jetzt schon zwanzig Jahre zurück, der Schwung des Anfangs ist vorbei. Aber auch die Konflikte um die Befreiungstheologie und ihr Verständnis von Kirchengesein haben nicht mehr den gleichen Stellenwert wie vor Jahren. In ihrer bisherigen Entwicklung ist die Befreiungstheologie pluraler und offener geworden. Angesichts massiver kirchlicher Gegenkräfte und des Scheiterns des sozialistischen Systems in Osteuropa muß sie sich neu auf ihre Utopie und ihre Methoden besinnen; ihr Grundansatz bleibt jedoch höchst aktuell und dringlich.

„Mirar lejos“ – „weit blicken“, so benennt *Gustavo Gutiérrez* unter Bezugnahme auf Johannes XXIII. das Vorwort der 7. und überarbeiteten Ausgabe seiner „Theologie der Befreiung“ (Lima 1990), und wie beim ersten Erscheinen 1971 fügt er an der Bezeichnung „Theologie der Befreiung“ den Begriff „Perspektiven“ an. Kann auch heute, 20 Jahre später, immer noch von „Perspektiven“ die Rede sein? Scheint die politische Entwicklung die Theologie der Befreiung nicht eingeholt zu haben? Die „revolutionäre Aufbruchstimmung“ der 60er Jahre und der nachkonziliare Frühling der Kirche Lateinamerikas, die auf der 2. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats in Medellín (1968) eigene Gestalt gewannen und auf deren Hintergrund die Theologie der Befreiung entstand, scheinen verbraucht. Wenigstens formal haben sich, nachdem die letzten Bastionen der Diktatur in Chile und Paraguay gefallen sind, Demokratien etabliert; faktisch jedoch herrschen, politisch und wirtschaftlich, undemokratische Machtverhältnisse; die Machtkonzentration in den Händen der Eliten hat noch zugenommen. Das Militär hat wie in Zentralamerika immer noch großen Einfluß bzw. gewinnt wieder größeren Einfluß wie in Argentinien, sogar an Akzeptanz in breiten

Kreisen der Bevölkerung. Die wachsende Massenarmut und das Scheitern wirtschaftlicher Modelle (vgl. v. a. Peru), eine Politikunfähigkeit der etablierten Parteien, des Staates überhaupt, führten in Expertenkreisen zur Bezeichnung „verlorenes Jahrzehnt“ für die 80er Jahre.

Auf kirchlicher Seite setzen sich in den Episkopaten durch die päpstliche Ernennungspolitik verstärkt *conservative Tendenzen* durch. Ein religiöser Fundamentalismus macht sich, vor allem durch die rasche und fast unübersichtliche Ausbreitung von Sekten, breit. In Brasilien z. B. hat sich die Zahl der Sektenangehörigen in 10 Jahren von 5 Millionen (1980) auf 10–15 Millionen (1990) erhöht. Muß auf diesem Hintergrund, einem gesellschaftlichen und kirchlichen „Utopieverlust“, zudem, was für die Entwicklung der Theologie der Befreiung nicht unerheblich ist, dem praktischen Scheitern der sozialistischen Modelle im Osten, die Theologie der Befreiung nicht als überholt gelten?

Ursprüngliche Nähe zu politischen Befreiungsprozessen

Wie wenige andere geistesgeschichtliche Entwicklungen ist die Theologie der Befreiung auf ein konkretes geschichtliches Moment zurückzuführen: Die Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ in den 60er Jahren und das Bewußtwerden einer eigenen Identität, die in einem Wahrnehmen der konkreten historischen, politischen und gesellschaftlichen Realität, einer Wirklichkeit von Armut und Unterdrückung, besteht und in der entschiedenen Reaktion darauf, diese Wirklichkeit zu verändern. Sensibilisiert durch die breite Wirkung der Katholischen Aktion, auch in Lateinamerika, durch den Einfluß